

Oberösterreichs Regierungschef ist empört

Die Schweiz hat das grosse Bundesland Oberösterreich auf die Coronarisikoliste gesetzt. Für Landeschef Thomas Stelzer ist dies «unverständlich und absolut nicht nachvollziehbar». Seine Kritik trifft einen wunden Punkt.

Sven Altermatt

LINZ. Eine Reaktion aus dem Bundesland Oberösterreich war zu erwarten. Denn natürlich findet man es dort gar nicht toll, dass die Region nun auf der Schweizer Coronarisikoliste steht. Aber die Schärfe, mit der die Kritik auf die Schweiz einprasselt, ist ungewöhnlich unter befreundeten Staaten.

In der Donaumetropole Linz meldete sich der oberösterreichische Regierungschef höchstselbst zu Wort. Der Entscheid der Schweiz sei «unverständlich und auf Basis objektiver Zahlen absolut nicht nachvollziehbar», polterte Landeshauptmann Thomas Stelzer per Communiqué. Seit Anfang dieser Woche steht nebst dem 1,4-Millionen-Einwohner-Bundesland Oberösterreich auch Niederösterreich auf der Schweizer Liste der Coronarisikoländer. Wien wurde vom Bundesamt für Gesundheit schon vor geraumer Zeit daraufgesetzt.

Als Risikogebiete gelten in der Schweiz grundsätzlich jene Länder, die in den vergangenen 14 Tagen mehr als 60 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner verzeichnet haben. Wer aus diesen in die Schweiz einreist, muss zehn Tage in Quarantäne.

Für Nachbarländer wie Österreich sind die Regeln jedoch andere. Hier wird seit einigen Wochen nach Regionen unterschieden. Der Bundesrat will damit Rücksicht auf die «engen wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen» zu den Nachbarstaaten nehmen. Deshalb kommen Grenzregionen selbst bei zu hohen Corona-Infektionszahlen nicht auf die Risikoliste. Die epidemiologische Lage ist für einmal zweitrangig. So kommt es, dass Personen aus den öster-

reichischen Grenzbundesländern Vorarlberg und Tirol trotz einer 14-Tages-Fallzahl von zuletzt jeweils über 100 weiterhin ohne Quarantänpflicht in die Schweiz einreisen dürfen. Genau auf diesen Flickenteppich zielt – zumindest indirekt – die Kritik von Oberösterreichs Regierungschef Stelzer. «Ich weiss nicht, auf welcher Basis die Schweiz solche Entscheidungen trifft», zitierte ihn die Zeitung «Oberösterreichische Nachrichten» schon am Wochenende.

Klar definierte Grenzwerte für Risikogebiete hin oder her: In Oberösterreich ist die Lage im Vergleich zu anderen Regionen der Republik tatsächlich soweit stabil. Beim letzten Stichtag betrug die 14-Tages-Fallzahl rund 66 – damit lag sie nicht erheblich über dem Grenzwert der Schweiz. In der gesamten Republik war der Wert mit über 100 massiv höher. Das Land wird gerade von einer zweiten Coronawelle erfasst – eine ungünstige Entwicklung, insbesondere mit Blick auf Feriendestinationen: In Oberösterreich sind die Stadt Linz oder das Salzkammergut mit seinen Seen auch bei Schweizer Touristen beliebte Reiseziele.

Aussendepartement in Bern involviert

Die oberösterreichische Regierung fühlt sich und ihre Region unfair behandelt. Ihre Kritik blieb bisher ohne Wirkung. Das Eidgenössische Aussendepartement in Bern bestätigt auf Anfrage einzig, dass man in dieser Angelegenheit in Kontakt gestanden sei mit den österreichischen Behörden. Doch Thomas Stelzer machte bereits klar: Man könne den Entscheid der Schweiz bloss «zur Kenntnis nehmen und akzeptieren, auch wenn es nicht nachvollziehbar ist».



Das Unesco-Welterbe-Dorf Hallstatt am Hallstätter See, rund 300 Kilometer südwestlich von Wien im Salzkammergut gelegen, zieht jedes Jahr Touristen aus der ganzen Welt an, so auch aus der Schweiz.

BILD KEY

Es droht ein emotionaler Abstimmungskampf

Bei der Konzerninitiative richten beide Seiten mit grosser Kelle an. Es ist eine Zerreihsprobe für die politische Mitte.

Maja Briner

Wenn es noch einen Beleg dafür gebraucht hätte, dass ein heftiger Abstimmungskampf auf die Schweiz zukommt: Der gestrige Tag hätte ihn geliefert. Gleich zwei bürgerliche Komitees gaben den Startschuss für ihre Kampagne; gleich fünf Parteipräsidenten traten auf, zwei warben für die Konzernverantwortungsinitiative, drei dagegen. Das Volksbegehren kommt Ende November an die Urne. Es verlangt, dass Unternehmen für die Verletzung von Umweltstandards oder Menschenrechten im Ausland haf-

ten – auch für Tochtergesellschaften. Hinter der Initiative steht eine Koalition von 130 Menschenrechts- und Umweltorganisationen. Das klingt für viele sympathisch – und macht die Ausgangslage für die Gegner knifflig. Sie argumentieren daher nach dem Motto: Gut gemeint, aber nicht durchdacht.

«Die Initiative verfolgt hehre Ziele», sagt etwa FDP-Präsidentin Petra Gössi, um gleich das «aber» nachzuschieben: Die Instrumente seien unnötig radikal, nicht zielführend und «bergen ein hohes Schadenpotenzial für alle unsere Unternehmen.» Der Gegenvorschlag sei hingegen der richtige Weg. In die gleiche Kerbe hieben CVP-Präsident Gerhard Pfister und SVP-Präsident Marco Chiesa.

Mit ihrem gemeinsamen Auftritt signalisierten die drei Parteipräsidenten bürgerliche Geschlossenheit. Doch mit

dieser ist es nicht allzu weit her. Besonders umstritten ist die Konzerninitiative in der CVP. Sie hat mit einer Zweidrittel-Mehrheit die Nein-Parole gefasst. Zahlreiche CVP-Politiker sitzen im «Bürgerlichen Komitee für Konzernverantwortung».

Auch dieses lancierte gestern den Abstimmungskampf, unter anderem mit EVP-Präsidentin Marianne Streiff und BDP-Präsident Martin Landolt. Der Tenor: Die Initiative kann, ja muss man auch aus bürgerlicher Warte heraus unterstützen. Diese fordere eine Selbstverständlichkeit. CVP-Nationalrat Simon Stadler sagt: «Unser Wohlstand soll nicht auf dem Buckel anderer erwirtschaftet werden.» Und Ex-CVP-Nationalrat Dominique de Buman meint: «Es geht um Werte.» Darauf angesprochen entgegnete CVP-Präsident Pfister,

«Ich bin zutiefst überzeugt, dass man als guter Christ für oder gegen die Initiative sein kann.»

Gerhard Pfister
Präsident CVP Schweiz

der die Initiative ablehnt: «Ich bin zutiefst überzeugt, dass man als guter Christ für und gegen die Initiative sein kann.»

Für beide Seiten geht es um viel. Entsprechend teuer dürften die Kampagnen werden – wie teuer, verraten beide nicht. Die Initianten setzen zudem auf die Hilfe von Freiwilligen, die Fahnen aufhängen und sich in den 400 lokalen Komitees engagieren.

Wie minutiös Initianten wie Gegner den Abstimmungskampf planen, zeigen interne Papiere, über welche die Tamedia-Redaktion berichtete. Auf einer Präsentation des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse heisst es demnach: «Entscheidend wird sein, worüber man im Abstimmungskampf spricht: über Menschenrechte oder über die Defizite der angebotenen Lösung.»

TODESANZEIGEN

Ein engagiertes und erfülltes Leben ist leise zu Ende gegangen. Wir trauern um meine Ehefrau, meine Stiefmutter, unsere Schwester und Freundin

Silvia Pfeiffer-Sommerhalder

29. März 1945 – 25. September 2020

Rudolf Pfeiffer-Sommerhalder
Carola und Jakob Schlatter-Pfeiffer
Lea Schlatter
Max Sommerhalder und Familie
Roman und Verena Sommerhalder und Familie
Elvira Turchet
und Anverwandte

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreis statt.

Traueradresse: Rudolf Pfeiffer, Alpenstrasse 165, 8203 Schaffhausen

A1502790



Du hast die Worte gehört,
die ich gesprochen habe.
Du hast sie zu Herzen genommen
und dich darunter gebeugt.
Darum habe ich auch dein Gebet gehört,
spricht der Herr, dein Gott.

2. Chronikbuch 34, 27